Offenes Blatt

Informationen und Meinungen aus dem Kreisverband DIE LINKE. Schwerin
Dezember 2014

Landesparteitag beschließt Maßnahmen gegen Kinderarmut



DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern kam zur 2. Tagung ihres 4. Landesparteitages in Güstrow zusammen, um Maßnahmen gegen Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern zu beschließen. Jacqueline Bernhardt, Mitglied des Landesvorstandes und kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, zog eine positive Bilanz der Kampagne „Für Kinder - gegen Armut!“ und zeigte die daraus entstandenen Maßnahmen auf. Die Landesvorsitzende, Heidrun Bluhm, stimmte die Delegierten auf den Start der Kampagne der Bundespartei gegen prekäre Beschäftigung ein, die in Mecklenburg-Vorpommern eng mit dem Thema Kinderarmut verbunden sein wird. Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag, ging mit der rot-schwarzen Landesregierung hart ins Gericht und warb für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Mecklenburg-Vorpommern - ein Grundsatz, der Einzug in die Landesverfassung halten sollte.

In den Landesvorstand nachgewählt wurden Maria Quintana Schmidt aus Stralsund und Heike Richter aus Schwerin. Außerdem fasste der Parteitag einen Beschluss zur Inklusion in der Gesellschaft als auch im Landesverband der Partei.



Herzlichen Glückwunsch, Dr. Heike Richter (mitte)

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr neigt sich dem Ende und wir möchten Euch auf diesem Wege Danke sagen; für Euer Engagement bei den zurückliegenden Kommunalwahlen, für Eure Arbeit im Interesse unseres Kreisverbandes, denn ohne Euch würde das Parteileben an der Basis brach liegen, für Eure kritische Begleitung der Arbeit des Kreisvorstandes, was für unsere demokratische Partei ein wichtiges Merkmal ist, für Eure aufmunternden und Kraft gebenden Worte.

Wir wünschen Euch ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und schöne Stunden im Kreise lieber Menschen.

Bevor es aber in die Weihnachtspause geht, möchten wir Euch sehr herzlich zu unserer Weihnachtsfeier mit Angelika Gramkow, Henning Foerster, Helmut Holter und Dietmar Bartsch einladen.

Die Weihnachtsfeier findet am 17. Dezember, um 16.30 Uhr, in der Gaststätte Ritterstuben statt.

Geschafft



Das Jahr 2014 ist fast geschafft und überraschte mit einer tollen Neuerung in der Republik. Bodo Ramelow ist der erste Ministerpräsident mit dem Parteibuch der LINKEN. Ich freue mich unendlich und wünsche ihm und dem Thüringer Landesverband ein glückliches Händchen bei der bevorstehenden schwierigen Arbeit. Die Reaktion der CDU/CSU ist haarsträubend. Da gibt es eine geheime Wahl, das Ergebnis ist, wenn auch mit einer Einstimmenmehrheit, eindeutig und die Unionsparteien wittern den Untergang des Abendlandes und beschimpfen die SPD. Soweit zum Demokratieverständnis der Unionsparteien, es scheint dahin zu sein. Demokratie wird offensichtlich nur geliebt, wenn sie die gewünschten Ergebnisse zeigt. Bester Beweis dafür, dass CDU/CSU abgewirtschaftet haben, sie gehören auch auf Bundesebene in die Opposition.

In den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag gab es ein schlimmes Wort, das Wort vom „Unrechtsstaat". Eine Kategorie, die es auch nach Auffassung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages überhaupt nicht gibt. Trotzdem erregt es Gemüter, fühlen sich Mitglieder auch unserer Partei um ihre persönliche Biografie betrogen. Zu Recht, denke ich, denn der Begriff Unrechtsstaat, ob es ihn gibt oder nicht, ist besetzt und trifft, auch mich, mitten ins Herz. Andererseits frage ich mich, warum ich mich über „Ulkmandoramo" aufregen sollte. Ihr wisst nicht, was das ist? Ich auch nicht; es ist nur eine Kategorie, die keiner kennt, weil es diesen Begriff nicht gibt. Ja, „Ulkmandoramo" ist nüchtern betrachtet genau so ein Wort wie „Unrechtsstaat" – eine Worthülse ohne Inhalt. Man könnte es auch Politikersprech nennen. Wegen eines solchen Wortes, das es gar nicht gibt, fühlen sich SPD und Grüne in der Lage, eine Koalition mit der LINKEN einzugehen. Wie tief wollen SPD und Grüne noch sinken, wenn sie sich tatsächlich auf solch ein Nichtwort berufen. Oder ist die Berufung auf dieses Nichtwort für SPD und Grüne nur eine Ausrede, um den Frechheiten und Peinlichkeiten der Unionsparteien medial etwas entgegenzusetzen?

Wie gesagt, ich kann sehr gut nachvollziehen, dass uns dieses Wort trifft, auch mich. Denn das Wort „Unrechtsstaat" ist negativ belegt. Bei genauerer Betrachtung ist es aber ein Wort ohne Inhalt und ich frage mich, warum so ein Wort für SPD und Grüne so viel wert sein kann.

Ich freue mich, dass viele in unserem Kreisverband auch auf die Inhalte des Koalitionsvertrages geschaut haben. Denn diese sind Grundlage für die Arbeit der Regierung unter Führung des Genossen Ramelow. Eine Grundlage, die sich sehen lassen kann. Die Herdprämie wird zugunsten eines beitragsfreien Kita-Jahres abgeschafft. Für mich persönlich sehr spannend, das Landesblindengeld soll erhöht werden. In den vergangenen Jahren wurde es in den Bundesländern, so auch in M-V, immer nur gekürzt. Ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen des Landes soll kommen. Bildungsveranstaltungen an Schulen in alleiniger Verantwortung der Bundeswehr gehören in Thüringen bald der Geschichte an. 500 neue Lehrerinnen und Lehrer jedes Jahr und ein Stopp des Personalabbaus bei der Polizei. Alles Kleinigkeiten? Man mag das so sehen, für mich sind es sehr gute Inhalte und so manch einer stünde auch unserem Land gut zu Gesicht. Große Brocken liegen auch vor der Regierung unseres Genossen Ramelow. Eine Verwaltungs- und Gebietsreform soll es geben. Wir wissen aus eigener Erfahrung, was dies für ein dickes Brett ist.

Ich denke, dass das, was die Thüringer Genossinnen und Genossen in den Verhandlungen erreicht haben, sehr gute Ergebnisse sind und ich habe ja nur wenige Punkte hier nennen können. Wünschen wir also unseren Genossinnen und Genossen in Thüringen viel Erfolg.

Für uns geht ein schweres Jahr zu Ende. Die Kommunalwahlen waren ein Erfolg für uns, ein Erfolg, den wir uns schwer erarbeitet haben. 2016 wird es Oberbürgermeisterwahlen geben. Mit der neuen Fraktion haben wir einen guten Grundstein für den Erfolg gelegt. Aber wir müssen den Erfolg weiter vorbereiten. Deshalb haben wir im Kreisvorstand die Mitglieder unseres Kreisverbandes gebeten, weiter das Offene Blatt als öffentliche Ausgabe für die Schwerinerinnen und Schweriner in die Briefkästen zu bringen. Eine nicht leichte Aufgabe und ich ziehe vor so manch einer Genossin und so manch einem Genossen den Hut, dass sie diese Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes wegtragen. Deshalb freue ich mich schon heute auf einen tollen OB-Wahlkampf, gemeinsam mit Euch, gemeinsam mit unserem Kreisverband. Wir haben bis dahin noch ein Jahr Zeit? Ganz bestimmt nicht! Die Arbeit liegt vor uns, aber gemeinsam werden wir es schaffen.

Zunächst aber einmal wünsche ich allen ein besinnliches und vor allen Dingen friedliches Weihnachtsfest im Kreise lieber Menschen. Dir, liebe Evelyn, wünsche ich gute Tage bei Deinen Kindern, Dir, lieber Heinz, eine tolle Geburtstagsfeier, ach ich wünsche Euch allen eine schöne Zeit mit lieben Menschen und sage noch einmal danke für ein schönes Jahr in der LINKEN. Schwerin.

Euer Kreisvorsitzender

Peter Brill

Impressum
„Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.
Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin,
Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de,
Internet: www.die-linke-schwerin.de
Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.
V.i.S.d.P.: Peter Brill

3. Parlamentariertag in Neubrandenburg



Am Sonnabend, dem 22. November 2014, fand in Neubrandenburg der 3. Parlamentariertag MV statt, den die Linksfraktion und das kommunalpolitische forum e.V. wieder gemeinsam veranstaltet haben. Über 100 Parlamentarierinnen und Parlamentarier der kommunalen, Landes- und Bundesebene waren zusammengekommen, um Erfahrungen auszutauschen und über Strategien zu beraten, wie kommunale Belange auf allen Ebenen stärker ins Bewusstsein der politisch Verantwortlichen gerückt werden können. „Viele Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene schlagen auf die kommunale Ebene durch, nahezu alle öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürgern werden in den Kommunen geschultert“, erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion, Helmut Holter. Oft blieben die Verantwortlichen vor Ort mit ihren Sorgen und Problemen allein, fühlten sich die Städte, Gemeinden und Kreise von der Bundes- und Landespolitik im Stich gelassen. „Der demografische Wandel, die knappen Kassen und die vielfältigen kommunalen Aufgaben stellen die Städte und Gemeinden praktisch vor die Quadratur des Kreises“, so Holter. Oft seien die Kommunen gezwungen, bei den freiwilligen Aufgaben zu kürzen, aber auch bei pflichtigen Aufgaben große Abstriche zu machen, anstatt die Qualität der Daseinsvorsorge zu sichern und zu verbessern.

Aus Sicht der linken Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist es an der Zeit für einen Paradigmenwechsel. „Politik, ob Landes- oder Bundespolitik, muss sich endlich dafür verantwortlich fühlen, dass die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet werden können“, betonte Holter. „Die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner an hochwertigen, günstigen und allgemein zugänglichen Leistungen sind in den Mittelpunkt zu stellen.“

In vier Arbeitsgruppen wurden ausgewählte kommunalpolitische Schwerpunkte diskutiert. Die Leiterinnen und Leiter der Arbeitsgruppen fassen die Ergebnisse der Diskussionen wie folgt zusammen:

Energiewende von unten: Kommunen zwischen den Stühlen?

„Die Erneuerbaren Energien sind eine Riesenchance für unser Land!“ Das stimmt. Aber damit dieser Slogan mit Leben erfüllt werden kann, brauchen wir praxistaugliche Instrumente, die es ermöglichen, dass die Menschen in den Kommunen die Chancen der Energiewende spüren und anerkennen. Bis heute trägt die Landesregierung den Satz lediglich wie ein Banner vor sich her. Wir sind überzeugt, dass die Energiewende vor allem für den Klimaschutz unabdingbar ist. Wir wollen eine sozial gerechte, demokratische und dezentral gestaltete Energiewende. Dazu gehört eine solidarische Lastenverteilung ebenso wie der Nutzen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher. Deshalb ist es u.a. erforderlich, dass die zahlreichen Ausnahmetatbestände für die energieintensive Industrie zurückgefahren werden.

Für eine wirkliche Willkommenskultur in MV – Anspruch und Realität.

Infolge der weltweiten Zunahme von Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen gibt es immer mehr Vertreibung und Flucht. Zahlreiche Menschen müssen ihre Heimat verlassen. Sie sind oft gezwungen, alles zurückzulassen, um ihr Leben und das ihrer Familien zu retten. Auch in MV ist die Zahl der Asylsuchenden in diesem Jahr gestiegen. Eine Erweiterung der Aufnahme- und Unterbringungskapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften ist erforderlich, aber auch die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung sind zu erweitern. Kommunen suchen nach Wohnraum, Privatleute bieten freie Immobilien an.

Die Aufnahme von Flüchtlingen muss so erfolgen, dass sie sowohl für die zu uns kommenden Menschen als auch für die aufnehmende Gemeinde tragbar ist. Land, Kommunen und Gemeinden müssen Hand in Hand arbeiten, damit eine wirkliche Willkommenskultur entstehen kann. Die Einwohnerinnen und Einwohner müssen informiert und bestmöglich eingebunden werden.

Gemeinde der Zukunft – Herausforderungen heute.

Die kommunale Selbstverwaltung ist für linke Parlamentarier ein hohes Gut, das es zu verteidigen und zu stärken gilt. Bereits heute können aufgrund der Haushaltslage keine sogenannten freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben mehr wahrgenommen werden. Für uns ist dies eine ernsthafte Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung. Und wenn die Landesregierung vor dem Hintergrund angespannter Haushaltslagen auf Landes- und kommunaler Ebene davon spricht, ein Leitbild „Gemeinde der Zukunft“ erarbeiten zu wollen, müssen bei uns sämtliche Alarmglocken schrillen.

Runde der Fraktionsvorsitzenden in den kommunalen Vertretungen.

Der Umgang mit der NPD und der AfD erfordert eine Zusammenarbeit aller Parlamentarierinnen und Parlamentarier der demokratischen Fraktionen. Geschlossenes Agieren gegen Rechtsextreme und Rechtspopulisten auf allen Ebenen ist das Gebot der Stunde.

Die Aufstellung der Kommunalhaushalte, der Umgang mit strukturellen Defiziten, die Ergebnisse von „beratende Beauftragten“, und Kürzungsvorschläge stellen uns immer wieder vor große Herausforderungen.

Fast überall in den Kommunen haben wir explodierende Kosten im Jugend- und Sozialhilfebereich, fallen zusätzliche Aufgaben an, an denen die Kommunen zu ersticken drohen. Aber das Land weigert sich beharrlich, eine adäquate Finanzausstattung der Kommunen vorzunehmen. Die regelmäßig nicht genehmigten Haushalte und in der Folge die massiven Eingriffe des Innenministeriums in kommunale Belange sind keine tragfähige Alternative!

Anmerkungen zum Wahlkampf in Thüringen

von Dr. Jutta Rochhausen

Der Abschluss wurde für viele Mitglieder der LINKEN und ihre Sympathisanten zu einem Tag der Freude. Er bestätigte unseren Standpunkt von 1989/1990, dass in einer heterogenen kapitalistischen Gesellschaft eine linke Partei verankert sein und dass sie im Interesse vieler Menschen wirken muss, gemeinsam mit weiteren gesellschaftlichen Kräften. Wir begannen mit einer intensiven Arbeit im kommunalen Bereich, aber ebenso gleich in den 90iger Jahren mit den Gesprächen und Auseinandersetzungen über Theorie und Praxis des Sozialismus, z.B. in Schwerin in unserem damaligen „Theoretischen Zentrum“. Ich bin der Meinung, dass die Bildung der rot-rot-grünen Regierungskoalition in Thüringen der Demokratieentfaltung neue Möglichkeiten eröffnen kann.

Im Wahlkampf wurde folgendes sichtbar:

1. Die Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen/Bündnis 90 im Thüringer Landtag zeigten sich tief enttäuscht vom Verhalten und der chaotischen Arbeitsweise der CDU-Fraktion in den letzten Jahren sowie deren Unfähigkeit zu einer politischen Kultur.
2. Die Fraktionen von SPD und Grünen/Bündnis 90 zeigten sich fest entschlossen, die rot-rot-grüne Koalition unter Bodo Ramelow für 5 Jahre in eine erfolgreiche Arbeit auf der Grundlage des mit den Linken erarbeiteten Koalitionsvertrages zu führen. Sie wollen ihren Wählerauftrag erfüllen!
3. Alle Mitglieder dieser Fraktionen widerstanden daher dem Druck, in verschiedenen Formen ausgeübt und darauf zielend, dass sie am 5.12. ihre Stimme verweigern.
4. Frau MdB Göhring-Eckardt/Die Grünen/B 90 brachte in einer Talk-Runde am 4.12.in der ARD zum Ausdruck, dass sie Demokratie nicht so versteht, dass die CDU die Koalitionsbildungen oder immer die Regierungen selber stellt – wörtlich: „Dafür sind wir 1989 nicht auf die Straße gegangen.“
5. Die Fraktionen von SPD und Grünen/Bündnis 90 beharrten im Interesse ihrer Mitglieder und vieler Geschädigter im Koalitionsvertrag auf einem Passus zum Unrecht-Problem im SED-Staat, da „DIE LINKE“ Rechtsnachfolger-Partei der SED ist. Ich halte das für richtig.

Gedanken zur CDU in diesem Wahlkampf:

Augenscheinlich wurde für viele meiner Bekannten und Verwandten, dass sie bei mitgeführten Losungen in Demos glaubten, es geht um den Wahlkampf 1990! Was das wohl für Texte im Jahre 2040 sein werden – denn gesellschaftliche Entwicklung wird immer von harter politischer Auseinandersetzung begleitet bleiben.

1. Der CDU-Führung in Berlin und in Thüringen ging es um ihr Machtverhalten, vorgetragen als große Sorge um Thüringen und um Deutschland. (Natürlich wird auch die CDU in Deutschland gebraucht, aber sie ist eine Partei unter mehreren).
2. Frau Bundeskanzlerin Merkel gab die Orientierung heraus, dass eine rot-rot-grüne Koalition unter einem Ministerpräsidenten der LINKEN auf jeden Fall verhindert werden muss. Das führte zu hektischer Aktivität mit dem Hauptziel, dass wenigstens 1 Abgeordneter der designierenden Koalition am 5.12.2014 mit „nein“ stimmt- (natürlich aus Gewissensgründen)
3. Die CDU setzte im Wahlkampf instrumentiert auf verschiedene Ebenen, z.B. ein: Herrn Biermann im Bundestag, Presseartikel, Talk-Runden im DFF, Demonstrationen in Thüringen. Billig in Kauf genommen wurden dubiose Taten wie das Mitwirken von „rechten Kräften“, Drohanrufe bei vielen Abgeordneten, ebensolche Emails an sie, Manipulationen an Autos, Einschlagen von Scheiben bei Parteibüros und weiteres. (Dazu Bericht 03.12.2014 in Leipziger Volkszeitung)
4. Gewarnt wurde vor „sozialistischen Experimenten“ in Thüringen, das ist völlig absurd. Das Arbeitspapier der neuen Koalition wurde nirgends in diesen Kreisen gewürdigt. Es wurde lapidar als unfinanzierbar abgetan. Die eigene politische Leistung wurde betont, Fehler nicht benannt.

Abschließend möchte ich anfügen, dass ein so geführter Wahlkampf sich nicht nur gegen „DIE LINKE“ richtet, sondern gegen breite Kreise der Bevölkerung. Er will Abscheu vor den Linken als Menschen, vor sozialistischen Gedanken für die Gesellschaftsgestaltung hervorrufen und natürlich jede Forderung an die heutige Politik als sozialistisch diffamieren können. (So ist das seit Jahren in der Parlamentsarbeit im Bundestag zu beobachten). In die „Trickkiste der Manipulation“ (erstmals dazu der Mediziner LE Bon 1912) gehört längst die cleane, a-historische Darstellung des Sozialismus der DDR. Das heißt, wie spielen die tief wirkenden Einflüsse des kalten Krieges zwischen 2 Weltmächten und die Zwänge eines vorgegebenen Sozialismus-Modells durch die Sowjetunion eine Rolle. (Damit will ich kein Problem menschlicher Opfer verharmlosen)

So soll eine Diskussion über böse Menschen, Drachenbrut bleiben, die besonders auf die Emotionen der Kinder und aller Bürger wirkt und darüber das Denken dazu mitbestimmt. Aber heute wissen viele Leute, dass die Emotionen zu den Wesenszügen des Menschen gehören, dass sie sein Befinden, seine Kommunikation, sein Denken und Wollen begleiten. Eine intensive Beeinflussung über den „emotionalen Strang“ führt zu spontanem Handeln – die Fraktionsmitglieder der Grünen/Bündnis 90 und der SPD in Thüringen haben sich da nicht einfangen lassen. Übrigens gab es auch einen sehr positiven Zwischenfall – Herr Reitz /Zeitschrift Focus würdigte in einem Talk/DFF am 4.12.2014 die stets gute Arbeit von „LINKEN“ als Abgeordnete, als Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte. Arbeit für die Gesellschaft, das ist unsere Aufgabe.

Wir mussten Abschied nehmen von unserer aktiven, bescheidenen liebenswerten Genossin

Ingeborg Hentschel.

Sie wird uns fehlen.

Die Mitglieder der Basisgruppe 103 Schwerin-Weststadt

Am 08.11.2014 verstarb unser Kubafreund

Hartwich Splisteser.

Er war Mitbegründer der AG Cuba si der PDS/Schwerin und bis zu seinem plötzlichen Tod unser stv. Sprecher.

Er wird uns sehr fehlen.

AG Cuba si – DIE LINKE

Wieder Krieg in Europa?
Nicht in unserem Namen!

Mehr als 60 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien warnen in einem Aufruf eindringlich vor einem Krieg mit Russland und fordern eine neue Entspannungspolitik für Europa. Ihren Appell richten sie an die Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten und die Medien.

Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Alle Europäer, Russland eingeschlossen, tragen gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Nur wer dieses Ziel nicht aus den Augen verliert, vermeidet Irrwege.

Der Ukraine-Konflikt zeigt: Die Sucht nach Macht und Vorherrschaft ist nicht überwunden. 1990, am Ende des Kalten Krieges, durften wir alle darauf hoffen. Aber die Erfolge der Entspannungspolitik und der friedlichen Revolutionen haben schläfrig und unvorsichtig gemacht. In Ost und West gleichermaßen. Bei Amerikanern, Europäern und Russen ist der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen, verloren gegangen. Anders ist die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten ohne gleichzeitige Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau, wie auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putin, nicht zu erklären.

In diesem Moment großer Gefahr für den Kontinent trägt Deutschland besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens. Ohne die Versöhnungsbereitschaft der Menschen Russlands, ohne die Weitsicht von Michael Gorbatschow, ohne die Unterstützung unserer westlichen Verbündeten und ohne das umsichtige Handeln der damaligen Bundesregierung wäre die Spaltung Europas nicht überwunden worden. Die deutsche Einheit friedlich zu ermöglichen, war eine große, von Vernunft geprägte Geste der Siegermächte. Eine Entscheidung von historischer Dimension. Aus der überwundenen Teilung sollte eine tragfähige europäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok erwachsen, wie sie von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedsstaaten im November 1990 in der „Pariser Charta für ein neues Europa“ vereinbart worden war. Auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prinzipien und erster konkreter Maßnahmen sollte ein „Gemeinsames Europäisches Haus“ errichtet werden, in dem alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren sollten. Dieses Ziel der Nachkriegspolitik ist bis heute nicht eingelöst. Die Menschen in Europa müssen wieder Angst haben.

Wir, die Unterzeichner, appellieren an die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa gerecht zu werden. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa. Das geht nur auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle und mit gleichberechtigten, gegenseitig geachteten Partnern. Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft. Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.

Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen. Das wäre unhistorisch, unvernünftig und gefährlich für den Frieden. Seit dem Wiener Kongress 1814 gehört Russland zu den anerkannten Gestaltungsmächten Europas. Alle, die versucht haben, das gewaltsam zu ändern, sind blutig gescheitert – zuletzt das größenwahnsinnige Hitler-Deutschland, das 1941 mordend auszog, auch Russland zu unterwerfen.

Wir appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als vom Volk beauftragte Politiker, dem Ernst der Situation gerecht zu werden und aufmerksam auch über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen. Wer nur Feindbilder aufbaut und mit einseitigen Schuldzuweisungen hantiert, verschärft die Spannungen in einer Zeit, in der die Signale auf Entspannung stehen müssten. Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein.

Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen. Jeder außenpolitisch versierte Journalist wird die Furcht der Russen verstehen, seit NATO-Mitglieder 2008 Georgien und die Ukraine einluden, Mitglieder im Bündnis zu werden. Es geht nicht um Putin. Staatenlenker kommen und gehen. Es geht um Europa. Es geht darum, den Menschen wieder die Angst vor Krieg zu nehmen. Dazu kann eine verantwortungsvolle, auf soliden Recherchen basierende Berichterstattung eine Menge beitragen.

Am 3. Oktober 1990, am Tag der Deutschen Einheit, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: „Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. ... Nun können sie ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, dass daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann. Für die Völker Europas beginnt damit ein grundlegend neues Kapitel in ihrer Geschichte. Sein Ziel ist eine gesamteuropäische Einigung. Es ist ein gewaltiges Ziel. Wir können es erreichen, aber wir können es auch verfehlen. Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen.“

Bis zum Ukraine-Konflikt wähnten wir uns in Europa auf dem richtigen Weg. Richard von Weizsäckers Mahnung ist heute, ein Vierteljahrhundert später, aktueller denn je.

Einige Unterzeichner:
Mario Adorf (Schauspieler), Luitpold Prinz von Bayern (Königliche Holding und Lizenz KG), Achim von Borries (Regisseur und Drehbuchautor), Klaus Maria Brandauer (Schauspieler, Regisseur), Eberhard Diepgen (ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin), Prof. Hans-Joachim Frey (Vorstandsvorsitzender Semper Opernball Dresden), Sibylle Havemann (Berlin), Dr. Roman Herzog (Bundespräsident a.D.), Christoph Hein (Schriftsteller), Dr. Sigmund Jähn (ehemaliger Raumfahrer), Uli Jörges (Journalist), Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann (ehemalige EKD Ratsvorsitzende und Bischöfin), Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz (ehemalige Korrespondentin der ARD in Moskau), Dr. h.c. Lothar de Maizière (Ministerpräsident a.D.), Stephan Märki (Intendant des Theaters Bern), Prof. Dr. Klaus Mangold (Chairman Mangold Consulting GmbH), Reinhard und Hella Mey (Liedermacher), Klaus Prömpers (Journalist), Prof. Dr. Konrad Raiser (eh. Generalsekretär des Ökumenischen Weltrates der Kirchen), Jim Rakete (Fotograf), Gerhard Rein (Journalist), Eugen Ruge (Schriftsteller), Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer (ev. Theologe, Bürgerrechtler), Georg Schramm (Kabarettist), Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.), Ingo Schulze (Schriftsteller), Hanna Schygulla (Schauspielerin, Sängerin), Dr. Manfred Stolpe (Ministerpräsident a.D.), Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik (ehemaliger Berater im Bundeskanzleramt für Sicherheit und Außenpolitik), Andres Veiel (Regisseur), Dr. Hans-Jochen Vogel (Bundesminister der Justiz a.D.), Wim Wenders (Regisseur), Hans-Eckardt Wenzel (Liedermacher)

Vermögensverteilung

Die Tatsache, dass die fünfundachtzig reichsten Menschen der Welt ebenso viel Vermögen besitzen wie die 3,5 Milliarden Ärmsten, ist wohl nur für Reiche interessant. Allein diese nehmen nämlich mit Begehrlichkeit und wässerigem Mund zur Kenntnis, dass diese Ärmsten offenbar noch ein „Vermögen“ besitzen, dass es für sie zu holen gibt.

Zuwanderregelung

Wahr ist, dass Zuwanderer aus Europa, die arm sind, in Deutschland keine Hartz-IV-Leistungen bekommen, wenn sie keinen Arbeitsnachweis erbringen. Unwahr ist, dass Unternehmer aus Deutschland, die nach Luxemburg flüchten, um dort ihr verfolgtes Geld zu parken, keinen Nachweis darüber erbringen müssen, ob sie dies durch eigenständige Arbeit oder durch Hartz-IV bekommen haben.

Linksfraktion vor Ort bei der WGS

Die strategische Ausrichtung des kommunalen Wohnungsunternehmens stand im Mittelpunkt einer Fraktionssitzung der LINKEN. In der Geschäftsstelle Geschwister-Scholl- Straße diskutierten Stadtvertreter und sachkundige Einwohner mit Geschäftsführer Thomas Köchig Fragen, wie die Entwicklung der Leerstände, der Instandhaltungsbudgets und des Personalbestandes. Zudem wurden aktuelle Fragen, wie die Zukunft der Hochhäuser in Lankow und auf dem Dreesch sowie anstehende Sanierungsvorhaben, inklusive dem nachträglichen Anbau von Fahrstühlen besprochen. „Die WGS spielt als große kommunale Wohnungsgesellschaft eine zentrale Rolle bei Fragen der künftigen Stadtentwicklung und der Bereitstellung von gutem und dabei bezahlbarem Wohnraum. Wir begrüßen daher, dass künftig vor allem auch mehr in die Instandhaltung und Modernisierung von Wohnungen investiert werden soll, um Mieter zu halten oder neue zu gewinnen. Danke an den Geschäftsführer, Herrn Köchig für die Offenheit, mit der auch problematische Fragen diskutiert und beantwortet werden konnten. Seinem Team wünschen wir viel Erfolg und viele zufriedene Mieter“, so Henning Foerster, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Stadtvertretung.

Lyrik

Wahlversprechen beigesetzt
am Tag danach
Politik-verdroschen

Janina Niemann Rich

++++++++++++++++++++++

Schlaffe Spree-Amazone
von der Leyen
ohne sagenhafte Fitneß
der Amazonen
aus ferner Mythologie
ist stark im Engagement
für Krieg
ihr friedlich strömender
Redefluss zugleich
Rede- Amazonas
voller Piranhas

Jürgen Riedel

++++++++++++++++++++++

Weih - Nacht

Tiefe Stille senkt sich nieder
über Wälder, über Au´n.
Und des alten Festes Lieder
lassen uns die Zukunft
schau´n:

Liebe bringt zu allen Herzen
Gottes Sohn, der Retter - Held,
und im Licht der tausend Kerzen
Weihnachtsfrieden aller Welt.

Joachim Aust

Masiuskapelle auf dem Alten Friedhof wird saniert



Der Bundestagsabgeordnete Dr. Dietmar Bartsch hat sich bei einem Kurzbesuch in der Landeshauptstadt über die Sanierung der Masiuskapelle auf dem Alten Friedhof informiert. Auf seine Initiative hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages, dessen Mitglied Dietmar Bartsch ist, Ende Mai grünes Licht für den Erhalt der 1892 errichteten Kapelle gegeben. Jetzt informierte er Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow darüber, dass die Finanzierung mit der Übergabe des Zuwendungsbescheides gesichert ist. „Ich bin sehr froh, dass die Masiuskapelle als eines der sieben Kulturdenkmäler von besonderem Rang aus dem Etat der Bundeskanzlerin gefördert wird“, erklärte Bartsch. Insgesamt fließen 80.000 Euro von Seiten des Bundes in die Restaurierung, die bereits begonnen hat.
Der Alte Friedhof gehört mit seiner unverwechselbaren Parklandschaft und seinen historischen Bauwerken zum kulturellen Erbe der Stadt. Die Masiuskapelle ist das einzig erhaltene Beispiel für aufwendig gestaltete Privatkapellen des späten 19. Jahrhunderts auf dem Alten Friedhof. Der Putzbau interpretiert die gotische Formensprache und ist mit ihrem üppigen Zierwerk vergleichbar mit zeitgleichen Bürgerhäusern in Schwerin. Die Kapelle wurde einst für einen Herrn Masius errichtet. Der Baumeister ist nicht bekannt.

Zukunftskongress 2015

Liebe Genossinnen und Genossen.
Vielen Dank für die Einladung an die Mitglieder der Partei zu einem Zukunftskongress im April 2015. Das Angebot, sich mit Ideen, Diskussionen und Vorschlägen an der Vorbereitung zu beteiligen, greife ich gerne auf.
Dieter Klein sollte eingeladen werden, um sein Konzept einer doppelten Transformation in und des Kapitalismus vorzustellen. Auch andere Zukunftsprojekte, z.B. von Blessing oder Sohn könnten zur Diskussion gestellt werden.
Dieter Kleins Vorstellungen haben aus meiner Sicht viele Vorzüge, auch weil sie Diskussionen und Fragen aufgreifen. Nach meinem Verständnis sind das unter anderem:
Es ist ein gesamtgesellschaftliches Vorhaben. Die in der Einladung bisher geplanten thematischen Achsen können mit dem Projekt von D. Klein zusammengeführt werden.
Zur Debatte steht die dialektische Einheit von Gegenwart und Zukunft. „Der Morgen tanzt im Heute".Vorgeschlagen werden Einstiegsprojekte, Vorstellungen zur Umverteilung, die dieTagespolitik und pragmatisches Herangehen einbinden und darüber hinausführen. Bemerkenswert ist, dass Bodo Ramelow im ND Interview vom 26. 4. Zusammenhänge zwischen diesem Projekt und einer vom Dreierbündnis geführten Reformpolitik herstellt.
Tiefgründige Analyse des Kapitalismus ist verbunden mit dem Wie zu seiner Überwindung. Es geht dabei um den Weg eines demokratischen Sozialismus einschließlich seiner Akteure. Dazu wird bisher wenig geboten. Es bleibt oft bei einer antikapitalistischen Position und einem Bruch mit dem System.
Reformen und Revolutionen sind keine Gegensätze, sondern Teile eines einheitlichen langen Prozesses.
Ein viel diskutieres Anliegen sind Vorstellungen über die Einschränkung und Überwindung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse. Sie sind Bestandteile des Transformationsprozesses. Es geht dabei auch um die Rolle der Gewalt.
Angeboten werden neue Möglichkeiten für die Bündnispolitik, eine Koalition der Akteure.
Hochaktuell sind auch Überlegungen, wie der innerparteiliche Pluralismus, die Diskussion der Strömungen anstelle eines Bildes der Zerrissenheit produktiv gemacht werden kann.
Die Einbeziehung eines solchen gesamtgesellschaftlichen Konzepts wäre aus meiner Sicht ein Weg, eine Lücke in der Strategie der Partei zu schließen.
Wir hatten in unserer Kreisparteiorganisation die Möglichkeit, uns mit Veröffentlichungen zu diesem Projekt vertraut zu machen und mit Dieter Klein zu diskutieren.
Der Zukunftskongress wird nach meiner Auffassung auf Schlussfolgerungen aus positiven und negativen Erfahrungen des realen Sozialismus nicht verzichten können.

Hans Wandt
Mitglied der
Stadtteilparteiorganisation
Schwerin-Weststadt

Beschluss des Parteivorstandes :
Der Zukunftskongress soll vom 23. bis 26. April 2015 vorwiegend am Veranstaltungsort Franz-Mehring-Platz 1 und an umliegenden Orten stattfinden.
Der Kongress soll sich an fünf Themen-Säulen orientieren:

- Zukunft der gesellschaftlichen Arbeit. Digitalisierung. Zeit fürs ganze Leben statt prekär und erschöpft
- Gleichheit als Chance: Umverteilung von privat zu öffentlich, oben nach unten, von den Gewinnen zu den Löhnen
- Zukunft der Daseinsvorsorge / Zukunft des Öffentlichen / der Commons
- Produktion der Zukunft: Wachstum vs. Lebensqualität. sozialökologischer Umbau/ Plan B, Wirtschaftsdemokratie & Konversion statt Diktatur von Finanzkapitalismus & Austerität
- Aneignung der Demokratie / Partei der Zukunft / Selbstbestimmung im 21. Jahrhundert

Es sollen die folgenden fünf Formate genutzt werden:

- Podium für Analyse & Perspektive
- Labor/Werkstatt für Strategie & Hegemonie
- Forum für Austausch & Kooperation
- Kunst & Kultur
- Einführungs- und Bildungselemente

In der Partei wird weiterhin - wie in dem Schreiben der Parteivorsitzenden vom 30. September geschehen - für die Einreichung von Ideen für den Kongress geworben.

Zur Planung des Zukunftskongresses werden zwei Workshops (z. B. am 28. November nachmittags und am 10. Januar tagsüber) durchgeführt, die die bis zur Januarsitzung des Parteivorstandes die vorliegenden Ideen und Vorschläge sichten, eigene Ideen einbringen und Vorschläge für den Kongress entwickeln. An diesen Workshops sollten folgende Personen oder Gremien vertreten sein:

- Vorsitzende und weitere Mitglieder des Parteivorstandes
- Bundestagsfraktion
- Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Vertreterinnen und Vertreter des Bundesausschusses
- Landesverband Berlin
- Jugend- und Studierendenverband
- Ältestenrat
- Interessierte aus den Zusammenschlüssen
- Vertreter des Veranstaltungsortes „fmp1"
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle wird gebeten, diese Workshops vorzubereiten und die notwendigen logistischen Vorarbeiten für den Kongress in Absprache mit der Bundestagsfraktion und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie dem Berliner Landesverband und dem Veranstaltungsort voranzutreiben. Dazu gehören z. B. die Vorbereitung von Finanzplänen, die Anfrage von ersten Promis, die notwendigen Vertragsvorbereitungen etc.

Herzlichen Glückwunsch

Die Basisgruppe 207 gratuliert der Genossin Christa Mösch ganz herzlich zum 80 . Geburtstag und dem Genossen Dieter Mösch zum 85. Geburtstag. Die Stadtteilorganisation Friedrichsthal gratuliert Genossen Roland Goertz am 21. Dezember herzlich. Glückwünsche erhalten am 15.12. Genosse Joachim Brätsch zum 77. und Genossin Monika Bischoff am 31.12. zum 66. Geburtstag von der Basisorganisation 321. Am 28. Dezember feiert Genosse Andrè Walther seinen 26. Geburtstag. Von seiner Stadtteilorganisation die besten Wünsche. Der Genosse Gunter Scharf beging am 31.10.2014 seinen 60. Geburtstag. Die Stadtteilorganisation Altstadt/Nordstadt wünscht ihm alles Gute. Die Basisorganisation 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Rolf Holtzhauer zu seinem 83., dem Genossen Michael Schmidt zu seinem 38. und dem Genossen Kurt Brückner zu seinem 80. Geburtstag. Am 12.12. begeht die Genossin Karin Döhring ihren 42. und am 29.12. begehen die Genossen Heinz Schmidt und Peter Brill ihren 66. bzw. 48. Geburtstag. Die Basisorganisation 605 wünscht ihnen alles Gute. Am 12. Dezember 2014 feiert Genosse Gerhard Meinhard seinen 86. und Genossin Diethild Bendig am 23.Dezember ihren 87. Geburtstag.

Aktion „Väterchen Frost in der Kinderklinik“



Auch dieses Jahr unterstützte Helmut Holter die Weihnachtsüberraschung mit Väterchen Frost und Schneeflöckchen in der Schweriner Kinderklinik.

Sittenwidrige Löhne auch in Schwerin festzustellen

Dies ergab eine Anfrage der Linksfraktion in der Stadtvertretung. Von 2010 an wurde ca. 140 Mal festgestellt, dass Arbeitgeber ihre Beschäftigten zu sittenwidrigen Konditionen beschäftigten. Auffällig war dabei nach Angaben des Jobcenters, dass es sich zumeist um kleine Unternehmen aus den Bereichen Handel, Gastronomie und Hausmeisterdienstleistungen handelte. Von sittenwidriger Entlohnung spricht man nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes von 2009 dann, wenn die Arbeitsvergütung nicht einmal zwei Drittel eines in der betreffenden Branche und Wirtschaftsregion üblicherweise gezahlten Tariflohns erreicht. In diesen Fällen ist das Jobcenter verpflichtet, Zahlungsansprüche gegenüber dem Arbeitgeber geltend zu machen und diese notfalls auch vor Gericht durchzusetzen. Seit 2010 gab es 45 derartige Verfahren. „Im März 2014 gab es in Schwerin immer noch 2.936 Beschäftigte, deren Arbeitslohn so niedrig war, dass sie ihn noch durch ergänzende Hartz-IV-Leistungen aufstocken mussten. Im Verhältnis dazu ist die Gesamtzahl der Fälle sittenwidriger Entlohnung zwar nicht besonders auffällig, gleichwohl ist jeder Fall natürlich einer zuviel“, sagte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Henning Foerster am Montag. „Es bleibt zu hoffen, dass mit der Einführung des Mindestlohnes sowohl die Zahl derjenigen zurückgeht, die trotz Arbeit noch aufstocken müssen, als auch die Zahl derjenigen weiter abnimmt, die sich gar mit sittenwidriger Entlohnung konfrontiert sehen. Um mehr Transparenz für Arbeitssuchende zu schaffen, wäre es gut, wenn mehr als die bislang nur 40 Prozent der Arbeitgeber bereit wären, bereits mit ihrer Stellenanzeige bei der Bundesagentur für Arbeit auch ihr Lohnangebot zu veröffentlichen“, so Foerster abschließend.



Rechtsextreme Gewalt in Deutschland 1990-2013

Am 3. Dezember 2014 fand die Eröffnung der Ausstellung „Rechtsextremismus in Deutschland von 1990-2013“ in den Räumen der Linksfraktion in der Schweriner Puschkinstraße 64 statt. Als Gäste waren unter anderem Schüler der beruflichen Schule Technik aus Schwerin dabei, die sich bei dem Vertreter des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr in Dresden und Leihgeber der Ausstellung, Dr. Gorch Pieken, über die Beweggründe zu diesem Projekt des Fotografen Sean Gallup informierten. Diese Ausstellung ist noch bis zum 21.Januar 2015 zu sehen.

Eröffnung Uferweg Alte Brauerei



Mit der Eröffnung des neuen Uferweges können die Schwerinerinnen und Schweriner künftig den Ziegelinnensee komplett zu Fuß umrunden. Zudem freuen sich auch die Kinder über einen neuen Spielplatz. Der feierlichen Eröffnung wohnten neben Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow und MdL Henning Foerster auch zahlreiche Mitglieder und sachkundige Einwohner der Stadtfraktion DIE LINKE bei.